

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unerwartet eingetragene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Hermann Wolff in Berlin.
Redaktion: Wilhelm Wolff in Berlin.

Ein Antrag auf „effektive“ Entwaffnung Deutschlands.

Bevorkommende Debatte im französischen Friedensauschuss über den Antrag Celseve.

Paris, 27. September. (W. T. V.)

Der Friedensauschuss der Kammer wird morgen nachmittags um zwei Uhr den Beschlusssatz des Abgeordneten André Celseve beraten, der lautet:
„Die Kammer ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den Signatarmächten des Vertrages von Versailles einzuleiten, um einen Zusatz zum Friedensvertrag anzuschließen, der die Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten effektiv macht durch das Verbot gewisser Kriegsinstrumente und durch jede notwendig ersichernde Maßnahme.“

Die „Revue“ behauptet, werde Clemenceau diese Tagesordnung beschließen, André Borely sich aber auch mit einem Kompromiß zufriedengeben. Es scheint, daß Clemenceau heute vorzeitig mit dem Vorsitzenden des Friedensauschusses, Mitrani, über die Angelegenheit gesprochen habe, und daß Mitrani die Beschlusssätze des Generaldirektors Barthou wegen ihrer Entschiedenheit habe beifolgende. An seinem heutigen Amtsstelle zeigt „Le Temps“ das Gefühl der größten Ruhe von Clemenceau und sagt, es müsse zu einer Lösung kommen. Der politische Sinn mußte sich ersticken. Mitrani mußte Deutschland wirklich entschlossen werden, und man dürfte ihm seine Ratione weisen. Es geht gegen die Polen zu kämpfen. In finanzieller Hinsicht müßte die Lösung die Zahlung der Summen, die Deutschland seinen Schulden schulden. Die Frage, ob dem so sei, müßte schließlich die Klärung bedürfen. Selbst wenn es sich um Frankreich handelt, so müßte man ihnen zu sagen: „Beschäftigt die Entschlossenheit der letzten drei Monate. Jetzt die Bedingungen fest und verbündet sind sie im Interesse aller, und zwar schnell!“

Der „Général“ beschäftigt sich mit einer Note des Marschalls Foch des Inhalts, daß am Ende jedes Quartals durch internationale Kontrollkommissionen der Effektivebestand des deutschen Heeres für das nächste Quartale festgesetzt werden solle.

Ferner genehmigt der „Général“ einen Verlehnungsausschuss, den die ökonomischen Angelegenheiten untereinander abstimmen sollen, um ihre Beziehungen betreffend Handel, Kredit und Verkehr zu klären und zu regeln.
Der „Revue“ stellt die Ansicht fest, die auf den deutschen Protest betreffend die Maßnahmen der belgischen Materialien in den Zögern Engen und Malmedy gegeben werden soll.

Der „Vorwärts“ und der „Wiedereintritt der Demokraten“.

Der „Vorwärts“ schließt das Bedürfnis, der Deutschen demokratischen Partei zu sagen, wie wenig ihm an einem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung liege. Er tut das mit einem etwas reichlichem Maß von Selbstbehauptung und mit einer manichäischen Herabwürdigung der Tatlagen. Unter anderem heißt es: „Es war vorausgesetzt, daß die Regierung der Sozialdemokraten von der Koalitionregierung ein kurzes Zwischenstück überlassen würde, ein Zwischenstück allerdings, das seinen Lebensdauer sehr wenig über die Hälfte hinausgehen sollte.“

Es wird den Demokraten nicht wenig zu wünschen sein, daß sie sich im Augenblick des Friedensschlusses frage „gemeldet“ haben, vielleicht mit es sich schon den meisten von ihnen selbst, dem Zweck der deutschen nationalen Agitation nachzugehen zu haben. Man braucht den Demokraten ihren Reklamt nicht ewig nachzutragen, aber bei der ganzen Entlage ist man ihnen wenig entgegenkommen zu sein.

Die „Revue“ macht ihr bekanntlich im Augenblick des Friedensschlusses weit eher im „Vorwärts“ bemerkbar. Der „Vorwärts“ war unter seinem damaligen Chefredakteur Stämpfer energisch für die Ablehnung des Friedensvertrages eingetreten, schwenkte aber, weil die anderen Redakteure aus Angst vor der Agitation der Unhängigen die Stämpfersche Politik nicht mitmachen wollten. Es ist eine sehr hübsche Aufstellung, daß derjenige, der in der wahren Erkenntnis der Gefahr auf seinem Standpunkt beharrt. Wir halten einfachsten die Scheideman, Landberg, Stämpfer und alle diejenigen, die gegenüber den Drohungen der Entente und dem Kern der Unhängigen nicht gleich zusammenstürzen, zur erheblicher mühter als die dem Stämpferschen Ansichten zurückgebliebenen „Vorwärts“-Redakteure, die nicht nur am letzten Entscheidungsmomente, sondern von Anfang an die Verantwortung scheuten. Nachdem der „Vorwärts“ den Demokraten auf diese Weise zu verstehen gegeben hat, daß man sie nur aus Gnade und Barmherzigkeit wieder in das Kabinett aufnehmen würde, erklärt er, daß es zwar für die Sozialdemokratie „nicht sehr angenehm“ sei, daß dem Zentrum allein zu regieren, daß aber die kommende sozialpolitische Gesetzgebung sich mit dem Zentrum allein durchführen lassen würde. Der „Vorwärts“ lehnt ein Zusammenarbeiten mit den Demokraten „nicht grundsätzlich“ ab, aber er will „sehr wichtige Garantien“ dafür haben, daß die sozial- und wirtschaftspolitische Mitarbeit seinen Schaden erleiden werde. „Gedanken der Unklarheit“, sagt er, „daß das Kabinett der Demokraten sich bisher nur sehr wenig während derselben gemacht hat, müßte die Demokraten, die sich nicht mit dem Zentrum zusammenarbeiten können, in einem Geiste gehalten, der es doch noch einzugewöhnen froh erscheinen läßt, ob der Wiedereintritt

Clemenceau über die militärischen Sicherheiten Frankreichs.

Zammerdebatte über die Unterfertigung Koltschaks und Lemins.

Paris, 26. September. (W. T. V.)

Aus der Staatsrede über Clemenceaus Kammerrede sind noch folgende Sätze hervorgehoben: Clemenceau erklärte, die militärischen Sicherheiten des Friedensvertrages aufzunehmen, daß der Völkerbund noch nicht über die Sicherheit verhandelt. Abgesehen davon, daß die Völkerbund nur einen Mann herzugeben, um Deutschland gegen Polen zu schützen. Der Wert einer Grenzlinie bestimmte sich nach dem Werte, das dahinter wohnt, und nach der Politik, die es treibt. Frankreich habe jetzt eine große Grenze; hätte man sie bis an den Rhein vorgezogen, so würde man dort deutsche Gebiete vor und hinter sich haben.

In der heutigen Vormittagsdebatte der französischen Kammer wurde über die provisorischen Budgetentwürfe verhandelt. Bei diesem Anlaß brachte die Sozialdemokraten die Frage der Unterfertigung von Zerklin und Koltschak zur Sprache. Ernest Renan sagte, Zerklin habe den Präsidenten der Nationalversammlung von Anstalt erwidern lassen. Überall, wo er durchgehe, würden die Arbeiter niederknien und die Bevölkerung erbeben. Der Minister des Äußeren Michon sagte, über die Ausgaben im Hinblick auf die keine Angaben machen; es gebe gemeinsame Ausgaben mit England und gemeinsame Ausgaben mit Amerika und schließlich Ausgaben, die Frankreich allein betreibe. Michon sagte, am 1. November werde es keine französischen Soldaten mehr in Mexiko geben. Im Augenblick unterhalte Frankreich in Mexiko 900 Soldaten. Die gemeinsamen mit einem Kontingent von 2000 Soldaten die transatlantische Eisenbahn betreiben. Die Kosten für diese Truppen werde die französische Republik Frankreich zurückzahlen. Koltschak und Zerklin hätten kein Geld von Frankreich, wohl aber Munition und Kriegsmaterial. Wenn Frankreich die Wiederherstellung aufrechtzuerhalten, so bewiese es damit, daß es die Pflicht habe, die Sowjetregierung mit allen Mitteln zu unterstützen. Der sozialistische Abgeordnete Baudé behauptete, daß man in Frankreich keine deutsche Häuser kaufen könne. Der Minister des Äußeren antwortete darauf, die Handelsbeziehungen seien wohl mit Deutschland verknüpft, aber nicht mit Deutschland aufgenommen worden. Schließlich wurden die provisorischen Budgete bewilligt.

Die beabsichtigte Umbildung des Reichskabinetts.

Die entscheidende Sitzung heute nachmittags.
Zur Umbildung der Reichsregierung erfahren wir von parlamentarischer Seite, daß wesentlich neue Momente in der Frage des Wiedereintritts der Demokraten bisher nicht eingetreten sind. Durch die Stellungnahme des „Vorwärts“, der sich gegen die Forderungen der Demokraten wendet, ist allerdings eine Gegenmeinung der Wiedereintrittsbegehrenden möglich. In der heute nachmittags stattfindenden Kabinettsitzung wird die Frage der Beteiligung der Demokraten an der Regierung in erster Linie zur Sprache kommen, und erst dann wird an die deutsch-demokratische Fraktion mit Vorherrschaft herangeführt werden. Als Ministerien, die von den Demokraten Anspruch erheben wird, kommen nach wie vor das Reichsjustizministerium, das Reichsamt des Innern und das Reichsverkehrsministerium, außerdem die Stelle des Vizekanzlers in Betracht.

Die Personalfrage, über die zahlreiche Kombinationen aufstanden, ist wie nochmals betont werden muß, bis jetzt noch nicht geklärt. Es ist möglich, daß Dr. Schiffer den Posten des Vizekanzlers erhalten wird. Die Schaffung zweier Staatssekretariate, im Auswärtigen Amt und im Reichsfinanzministerium, soll angeblich unmittelbar nach dem Wiedereintritt der Demokraten erfolgen. Für das Finanzministerium kommt in diesem Fall als Staatssekretär der bisherige Unterstaatssekretär Dr. Wöckel in Frage. Die Befolgung des Staatssekretariats des Äußeren dagegen dürfte auf mangelnde Schweregelegenheit stehen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu den Bedingungen der Demokraten stellen wird. Aber die Verhandlungen sind innerhalb der nächsten Tage morgen abend eine Vollendung abgesehen, eine Entscheidung zu erwarten.

Die Retter.

Das deutschnationale Ordnungsprogramm.

P. M. Der ehemalige preussische Finanzminister und jetzige Vorsitzende der Deutschnationalen Partei Bergt hat gestern in der preussischen Landesversammlung ein Ordnungs- und Sammlungsprogramm entwickelt. Der Bergt gehörte im allen Ordungsprogramm zu den ablehnten Entscheidungen der juristisch-reaktionären Bürokratie. Er hat alle Sünden des jetzigen Regimes nicht bloß mitgemacht, sondern alles noch begehrt; er hat sich während des Krieges als ein Vertreter der nationalsozialistischen Propaganda hervorgetan, den die Partei in seiner unbeschränkten Form verurteilt und die amerikanische Gefahr mit überlegener Handbewegung als leere Drohung abgelehnt; er hat erst letzte Tage noch die Rückkehr der Hohenzollern gefordert. Der Bergt gehört sich jetzt beunruhigt zur Sammlung aller Elemente zu bilden, die den Staat auf einer neuen Grundlage aufbauen wollen. Seine gestrige Rede war ganz auf den Lou gestimmt, mit dem man Gimpel zu fangen hofft.

Man muß einen Augenblick auf die Tatsachen und Voraussetzungen der heutigen Schweregelegenheit erinnern. Die Genette ist vom ersten Militärtruppen gegen die ehemaligen Kriegsgesellen erfüllt, und die Deutschnationalen Partei hat das Bewußtsein, daß diese Bedingungen nicht als begehrt erscheinen zu lassen. In welcher Weise von dieser Seite mit dem Feuer gespielt wird, das hat die gestrige Rede des preussischen Finanzministers erfüllt. Der Bergt hat ein geschildert, gegen die lächerlichen Alarmnachrichten der „Welt“ und der „Kämpferischen Rundschau“ die Pflicht in der Öffentlichkeit zu erklären. Aber auch nur eine Spur von Verantwortungsgefühl besitzt, der dürfte nicht den drohenden Staatsbankrott, noch dazu ohne jede greifbare Unterlage, an die Wand malen. Die nationalsozialistische Presse hat dieses Verantwortungsgefühl in bedauerlichem Maße vermissen lassen. Aber mit diesen journalistischen Entstellungen ist es nicht abgetan. Die Deutschnationalen und das ihnen verbündete Zentrum haben die Wiederherstellung der Ordnung nach Kräften zu beschleunigen gesucht. Soll man auf die Tariffämpfe der pommerischen Großgrundbesitzer hinweisen, auf den Verfassungszustand unter Vorbehalt, auf die passive Resistenz gegen die beherrschenden Anordnungen, auf die monarchistische Propaganda in den Schulen, auf die Verdrängung der Arbeiter durch die Konkurrenz der großen Städte, auf die konterrevolutionären Treiben? Der Bergt mag sich in der Landesversammlung hinsetzen und beratende Versuche zur Stärkung der Ordnung und zur Verhinderung eines Wiederaufbaus unserer zusammengebrochenen Wirtschaft betreiben; sie sind von der Deutschnationalen Partei veranlaßt und ausgenutzt worden.

Unter solchen Umständen gehört einige Kühnheit dazu, sich als Retter in der Not aufzuspielen. Der Bergt vertritt über die entscheidenden Eigenschaften. Was er damit im einzelnen als Ordnungsprogramm zur Heilung des kranken Staats vorbrachte: Zurückführung der Arbeiter zu produktiver Arbeit, Ausbau der Wasserstraßen, Förderung der Tarifverträge, Arbeitspflicht ohne Zwang, das kann natürlich jeder Wohlmeinende unterstützen. Und selbst wenn der Bergt seine Forderungen eines Lebens beseitigen in der Öffentlichkeit durch die Bedingung begrenzt, daß angebliche Maßnahmen während einer Übergangszeit getroffen werden sollen, so können wir ihm darin zustimmen. Es fragt sich nur, was man unter „angeblichen Maßnahmen“ versteht. Was die Agrarier wollen, nämlich die sofortige Freigabe der notwendigen Lebensmittel in Verbindung mit ungezügelter Staatszuschüssen; das allerdings würden wir grundsätzlich und unbedingt unterstützen. Aber im allgemeinen können die Bergtschen Programmpunkte leblich scheinen. Sie kommen aus der Küche der Sozialreformer und zum Teil aus dem Entwurfprogramm. Es mag ganz erfreulich sein, daß der Bergt sich in diesem Augenblick zu vernünftigen sozialistischen Grundgedanken bekennt, nachdem er ihnen, solange er im Amt war, gegenüber abgelehnt hat, aber mit Reserven allein ist es heute nicht getan. In Merzen stellt es nicht, was die immer härter einschmelzende Luft von sozialreformistischen Reden und Schriften beweist. Über die man sich einem Art antwortet, muß man sich klar werden, ob er dieses Vertrauen auch verdient. Nicht auf die Worte, sondern auf die Taten kommt es an. Und Vergangenheit von Gegenwart der Deutschnationalen Partei sollten es ausgleichenden erscheinen lassen, daß die deutsche Volk noch einmal in ihre Behandlung haben könnte.

Der Bergt begnügt sich nicht damit, dem Deutschen Volk seine Forderungen zu geben; er will auch bessere Verhältnisse zur Entente herstellen. Nach seiner Behauptung würde das von ihm entworfene Ordnungsprogramm das Vertrauen des Auslandes zu uns stärken. Das Ausland würde uns dann wieder Kredite und Poststoffe geben, und das bedeutet die Wiederherstellung unserer Talente. Was sein, aber wenn Herr Bergt den Teil auch vom Gegner lernen. Soweit das Programm des deutschnationalen Redners brauchbare Elemente enthält, wird man sie zu prüfen haben. Aber es muß mit einer Entschiedenheit festgestellt werden: die Wiederherstellung der neuen Ordnung der deutschen Republik und des preussischen Staates kann nur geschehen, wenn die Deutschnationalen Partei, nicht mit ihr, sondern mit der „Welt“ und der „Kämpferischen Rundschau“ den Kampf führt. Immerhin hat er darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen von dem Bergtschen